

Ludwig Watzal

Homelands im Nahen Osten?

Die Palästinenser und ihr Traum vom eigenen Staat

Wer erinnert sich nicht der bewegenden Szene am 13. September 1993 auf dem Rasen des Weißen Hauses, als sich Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat nach 45 Jahren erbitterter Feindschaft die Hände reichten. Endlich, so schien es, wich ein seit Jahrzehnten lastender Druck nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von der internationalen Staatengemeinschaft. Doch die am 4. Mai 1994 nach zähen Verhandlungen erfolgte Unterzeichnung des „Gaza-Jericho-Abkommens“ in Kairo verlief alles andere als harmonisch und reibungslos. Erst nach gutem Zureden durch Ägyptens Staatspräsidenten Hosni Mubarak war Arafat bereit, das Abkommen zu unterzeichnen. Wer geglaubt hatte, mit der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ und dem Folgeabkommen sei im Nahen Osten der Friede ausgebrochen und die Verletzung der Menschenrechte habe ein Ende, muß schnellstens auf den Boden der Realität zurückkehren.

Mit der Unterzeichnung der beiden Abkommen ist dem Staat Israel ein diplomatischer Erfolg gelungen, der nur von dem Gründungsakt des Staates übertroffen wird. Rabin und Außenminister Shimon Peres gelang eine Meisterleistung. Für die Palästinenser könnten sich diese Vereinbarungen dagegen als eine nationale Katastrophe entpuppen. Warum?

Die Analyse beider Abkommen macht deutlich, daß sich Israel in allen Punkten mit seinen Vorstellungen durchsetzen konnte. Dies ist auch kein Wunder, da die Arafat-PLO politisch, wirtschaftlich und moralisch am Ende war. Und da Israel weder den Gaza-Streifen unter Kontrolle bringen konnte, noch mit der Hamas-Bewegung fertig wurde, brachte es die schwächste Figur wieder ins Spiel, nämlich Yassir Arafat. Haider Abdel Shafi, der Verhandlungsleiter der palästinensischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Washington, hatte in mehreren Interviews erklärt, daß er diese Abkommen niemals unterzeichnet hätte, weil sie nie zu einem Palästinenserstaat führen werden.

Es wäre in der Tat naiv anzunehmen, daß mit den Abkommen auch das seit hundert Jahren begangene Unrecht, das Leid und die Wunden, die sich beide Seiten geschlagen haben, der Haß, der tief im Bewußtsein der Menschen sitzt, die gegenseitigen Zerrbilder wie „Zionisten“ und „Imperialisten“ hier, „Terroristen“ und „Mörder“ dort, aus der Welt geschafft worden wären. Die Abkommen regeln nichts Wesentliches, noch lösen sie auch nur ein einziges Problem. Israel ging es primär um Sicherheit. Dies zeigt sich auch daran, daß ein hoher General die Verhandlungsdelegation leitete; er wurde jetzt aus Dank für seinen Erfolg zum neuen Chef des Generalstabes ernannt.

Ist die Kritik an diesen Abkommen berechtigt oder stört sie nur den Aussöhnungsprozeß? Werden die Menschenrechte endlich geachtet? Wird es einen Palästinenserstaat geben? Kritik am Abkommen ist mehr als berechtigt. Warum jedoch die israelische Rechte Kritik daran übt, ist völlig unverständlich. Ministerpräsident Rabin betreibt die beste Likud-Politik, aber ohne die mythisch verworrene Rhetorik. Er hat bisher kein einziges israelisches Essential geopfert und dennoch alles von den Palästinensern erhalten. Kritik an der palästinensischen Position ist jedoch mehr als berechtigt. Wenn es wahr sein sollte, daß der PLO-Verhandlungsdelegation in den Geheimverhandlungen in Oslo keinerlei völkerrechtliche Ratgeber zur Seite standen oder deren Ratschläge in den Wind geschlagen wurden, braucht man sich über das schlechte Ergebnis nicht zu wundern.

Widerstand war Terror

Mit der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ hat die PLO den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf „Eretz Israel“ (Land Israel) und die damit verbundene Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft anerkannt und in dem Brief an Rabin quasi zugegeben, daß ihr nationaler Widerstand „Terrorismus“ war und daß sie den „Terror“

und den „Terrorismus“ bekämpfen werde. Israel wurde das Tor zu den Märkten der arabischen Länder aufgestoßen, der Besetzung der Anschein der Legalität gegeben und die diplomatische Isolation Israels in einigen Teilen der Welt beendet, was ein großer Erfolg Israels ist. Arafat hat israelische Vorstellungen akzeptiert, die vor 14 Jahren die Ägypter noch abgelehnt hatten. Israel brauchte nicht einmal anzuerkennen, daß es Besatzungsmacht ist. Dieser völkerrechtswidrige Zustand wurde zwar niemals von der internationalen Staatengemeinschaft ernsthaft in Frage gestellt, doch nun hat selbst die PLO diesen Status durch das Abkommen sanktioniert. Die Unterdrückten legitimierten somit ihre Unterdrücker.

Die Vorteile des Abkommens liegen für Israel darin, daß es die unangenehmen Seiten der Besetzung des Gaza-Streifens billig losgeworden ist, ohne dafür einen adäquaten politischen Preis zu zahlen. In der westlichen Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, als seien die israelischen Besatzungstruppen abgezogen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gaza-Jericho-Gebiet ist eine Situation entstanden, die an Zeiten des klassischen Kolonialismus erinnert. Israel als Besatzungsmacht beherrscht und kontrolliert die 850 000 Palästinenser durch eine kleine palästinensische Elite. Diese „indirect rule“ wurde auch von den Engländern in ihren Kolonien praktiziert. Arafat ist jetzt in einer Situation, in der er gegen jedwede Opposition vorgehen muß, was er auch mit seinen sechs Sicherheitsdiensten plus der Polizei tut.

Was in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig bekannt ist, ist die Tatsache, daß 50 Prozent des Gaza-Streifens den 5400 israelischen Siedlern zur exklusiven Nutzung zur Verfügung steht. Über sie haben die palästinensischen Behörden keinerlei Verfügungsgewalt. Die Siedlungen sind exterritorial. Auf der verbleibenden Hälfte drängen sich 850 000 Palästinenser. Weiterhin sind über 1000 Militärverordnungen in Kraft. Wer ein- und ausreisen darf, bestimmen allein die Israelis.

Die Besatzungstruppen wurden nicht abgezogen, sondern nur umgruppiert, das heißt, aus den Bevölkerungszentren abgezogen und um die Siedlungen herum neu aufgestellt. Das ausgeklügelte Genehmigungssystem, das alle Bereiche des täglichen Lebens der Palästinenser berührt, verbleibt in der Hand der Israelis.

Wenn Israel den Gaza-Streifen abriegeln will, kann es dies jederzeit tun, und Arafat sitzt dann wie eine Maus in der Falle. Das Autonomiekonzept von Gaza ist auch das Modell für die Westbank. Die Truppen werden nicht abgezogen, sondern nur umgruppiert, wie es in den Abkommen heißt. Dies würde bedeuten, daß durch diese Form von Autonomie auf die Verhältnisse der Westbank übertragen, Israel die Verantwortung für 100 Prozent der Bevölkerung loswerden würde, aber zugleich nur 14 Prozent des Territoriums einbüßt. Dies ist insofern keine Überraschung, da Israels Autonomievorstellungen sich immer nur auf die Bevölkerung und nie auf das Territorium bezogen haben. Die Westbank würde demnach in lauter kleine Enklaven oder Homelands zergliedert.

In den Abkommen ist keines der zentralen Fragen auch nur erwähnt. Die Problematik der Siedlungen, die Rück-

kehr von Flüchtlingen, der Status von Jerusalem, die Eigenstaatlichkeit, die Enteignungen, die Entschädigungen und viele Probleme mehr wurden völlig ausgeklammert. Wenn sie in drei Jahren auf der Tagesordnung stehen werden, verfügt die PLO über keinerlei Druckmittel, um von Israel auch nur Minimalkonzessionen erreichen zu können. Die Palästinenser werden auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und der gute Wille zählt in internationalen Beziehungen wenig, zumal wenn es um die Durchsetzung vitaler Interessen geht. Warum hat Israel keine Verbindungen zwischen diesen beiden Verhandlungsphasen aufgezeigt? Die Zukunft für die Palästinenser bleibt somit völlig offen. Inzwischen geht die Schaffung vollendeter Tatsachen weiter. Es finden Landenteignungen großen Stils im Großraum von Jerusalem statt, um Tatsachen in Beton zu gießen.

Der Händedruck von Washington symbolisiert somit die Aufgabe der Souveränität für alle Zeit. Es scheint sich immer deutlicher herauszustellen, daß sich die Gebilde in Gaza und Jericho als das entpuppen, was Südafrika erst vor kurzem abgeschafft hat, nämlich Homelands. In diesen gab es auch Symbole der autonomen Autorität wie Fahne, Brief-

marke, Pässe, eine starke Polizei und einen Geheimdienst. „Die Situation, die mit dem Gaza-Jericho-Abkommen geschaffen worden ist, . . . ist fast damit identisch“, schreibt die Literaturprofessorin an der Universität von Tel Aviv, Tanja Reinhardt, in der israelischen Tageszeitung „Häaretz“ im Mai 1994.

Auch wer erwartet hatte, daß die Abkommen zu einem Ende der Menschenrechtsverletzungen führen würden, wurde enttäuscht. Hatte Israel in seiner 27 Jahre währenden Besatzungszeit die Menschenrechte der Palästinenser in allen Lebensbereichen verletzt, ist nun eine neue Dimension hinzugekommen, und zwar die Verletzung der Menschenrechte der Palästinenser durch eigene Landsleute. Gab es schon vor der Machtübernahme die Tötungen von sogenannten Kollaborateuren durch palästinensische Killerkommandos, so wird jetzt von seiten der Arafat-Armee und seinen verschiedenen Geheimdiensten ebenso Druck auf die eigene Bevölkerung ausgeübt. Auch Arafats Mannen foltern nunmehr Palästinenser im Gefängnis zu Tode; sie knüpfen damit an die Praxis des israelischen Geheimdienstes Shin Bet an, der offenbar routinemäßig foltert, was jetzt auch radikale jüdische Siedler zu spüren bekommen.



Jürgen Waller:
„War and Peace“,
1982

Abbildung:
Katalog
„Schrecken
und
Hoffnung“,
Hamburger
Kunsthalle,
1987

Repräsentanten von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen berichten von zahlreichen Übergriffen und Verstößen palästinensischer Sicherheitsorgane auf die eigene Bevölkerung. Man arbeite mit Todesdrohungen und Einschüchterungen, so Jan Abu Shakrah vom „Palestine Human Rights Information Center“. Rhys Johnson vom „Gaza Center for Rights and Law“ sagte, daß Kritiker mundtot gemacht oder verhaftet, politische Versammlungen verhindert und kritische Zeitungen unterdrückt würden.

Politiker und gewisse Kommentatoren argumentieren, daß man sich jetzt nicht mehr um Menschenrechte kümmern müsse, da es ja einen Friedensprozeß gebe und Menschenrechtsverletzungen nicht öffentlich diskutiert werden sollten, weil sie diesen Prozeß stören würden. Sollte sich eine solche Meinung durchsetzen, wäre dies ein „Persilschein“ für die politischen Klassen in Israel und Palästina, noch rigoroser die Menschenrechte zu verletzen, als es sowieso schon geschieht. Gerade jetzt muß bereits auf die sich abzeichnenden Verstöße von seiten der Palästinenser aufmerksam gemacht werden, um Schlimmeres zu verhindern. Es darf nicht dazu kommen, daß, wie im Falle Israels, diese Menschenrechtsverletzungen jahrzehntelang unter den Teppich gekehrt werden.

Die Palästinenser sind nach diesem Abkommen wieder einmal auf der Schattenseite der Geschichte. Sollte es Israel gelingen, mit den Syrern einen Friedensvertrag zu schließen, wird für die Palästinenser nicht mehr herauskommen als das, was sie im Augenblick haben. Einen Palästinenserstaat, in dem das Selbstbestimmungsrecht gilt, wird es nicht geben, weil ihn niemand – außer den Palästinensern natürlich – in der Region wirklich will. Mit der Unterzeichnung der Abkommen hat sich Arafat selbst ins Abseits katapultiert. König Hussein von Jordanien hat bereits wieder die Aufsicht über die heiligen Stätten erhalten, Hafis al-Assad wird aller Voraussicht nach den Golan zurückbekommen, im Süden des Libanons wird sich die von Israel unterhaltene Söldnertruppe in nichts auflösen und Arafat bleibt der „König der Homelands“. Als „Präsident von Palästina“ wird er jedenfalls nicht in die Geschichte eingehen.

Von Ludwig Watzal ist gerade das Buch „Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und Menschenrechte“ erschienen. Es wird auf Seite 43 rezensiert.

Ohne Weichlinge wäre die Welt eine Wüste

Ludwig Watzal: Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser. Böhlau Verlag, Köln, 1994, 392 Seiten, 48,- DM

Dieses Buch ist aufstörend, aber trotzdem nötig. Es erscheint zum falschen Zeitpunkt. Denn die Arbeiterpartei hat endlich die seit langem fällige Wende in der israelischen Politik zustande gebracht. Wird nicht die Befürchtung aufkommen, daß eine scharfe Kritik an der Behandlung der Palästinenser ausgerechnet jetzt den Friedensprozeß stören müsse?

Kein Zweifel, Ludwig Watzal, mit dessen Vorstellungen von Nation und Nationalstaat ich in deutlichem Konflikt lebe, hat sich in diesem Buch um Exaktheit, klare Formulierungen und Gerechtigkeit bemüht. Er identifiziert einerseits den Zionismus als einen Nationalismus. Das Schicksal des jüdischen Volkes bringt ihn aber gleichzeitig zu einer klaren Bejahung des Existenzrechts Israels. Wäre das anders, würde ich dieses Buch hier nicht besprechen. Die Schlußfolgerung, die Watzal, sozusagen als Leitmotiv, im ersten Kapitel seiner Studie zieht, ist allerdings unzweifelhaft richtig. Ich identifiziere mich mit ihr. Sie lautet: „Mit der gleichen Konsequenz, mit der wir uns für das Existenzrecht Israels einsetzen müssen, sollten wir aber auch für die Einhaltung der Menschenrechte der Palästinenser eintreten und auf Israel in diesem Sinne einwirken.“

Deshalb ist es gerechtfertigt, die Menschenrechtsverletzungen der israelischen Sicherheitsorgane klar beim Namen zu nennen und in schmerzlicher Ausführlichkeit zu dokumentieren. Und wir, die angeblich so brillant informierten Nutznießer eines demokratischen Kommunikationssystems, sollten uns fragen, wieso wir täglich von den inhumanen Aktionen serbischer, irakischer oder russischer Polizisten und Soldaten lesen, sehr viel seltener aber von den durchaus vergleichbaren Brutalitäten junger uniformierter Israelis gegenüber jungen Palästinensern aus seit Jahrzehnten existierenden Flüchtlingslagern.

Was unsereinen immer für Israel eingenommen hat, war die Tatsache, daß dieses Land unzweifelhaft eine Demokratie ist, eine Demokratie inmitten zu meist undemokratischer, gelegentlich auch despotischer arabischer Staaten. Die Mechanismen der Demokratie ha-

ben im übrigen dazu geführt, daß es qualend lange gedauert hat, bis es Shimon Peres und Ministerpräsident Rabin gelang, eine knappe Mehrheit für ihre Politik des Gaza-Jericho-Abkommens durchzusetzen. Die gefährlich falsche Politik des Likud-Blocks hat in Israel keine Mehrheit, aber eine unbestreitbar starke Minderheit hinter sich. Watzal kann immer wieder israelische Stimmen für seine Kritik zitieren, so Felicia Langer, Uri Avnery oder den gerade in biblischem Alter verstorbenen Philosophen und orthodoxen Juden Yeshayah Leibowitz. Aber er verschweigt nicht, daß es sich dabei um Intellektuelle handelt, die in ihrer eigenen Gesellschaft oft genug isoliert waren.

Die Politik der Vertreibung ist übrigens immer und unter allen Umständen verurteilenswert, ob sie von Deutschen, Tschechen, Serben oder Israelis praktiziert wird. Das Problem ist nur: Man kann nicht alle Vertreibungen rückgängig machen, wie es überhaupt unmöglich ist, Frieden und Gerechtigkeit apodiktisch zu verbinden. Das ist auch mein Einwand gegen den Titel des Buches. Es heißt „Frieden ohne Gerechtigkeit?“. Dem Fragezeichen Watzals begegne ich mit der skeptischen Bemerkung, daß eingefressene Konflikte wie der israelisch-palästinensische, der tschechisch-deutsche oder der serbisch-kroatisch-bosnische immer nur mit Settlements, mit fragwürdigen Kompromissen beruhigt werden können, selten mit wirklicher Gerechtigkeit. Es gibt keine Chance, ein multikulturelles Bosnien wiederherzustellen. Genau so befürchte ich, daß es keine Chance für einen gerechten Frieden zwischen Israel und einem palästinensischen Staat gibt. Watzals Titel ist zu rigoros, zu konsequent.

Aus dieser pragmatischen Kritik der Rigorosität rührt auch meine Kritik an Watzals höchst skeptischer Bewertung des Gaza-Jericho-Abkommens, die der Skepsis vieler meiner palästinensischen Freunde ähnelt. Watzal schreibt: „Eine politisch, wirtschaftlich und moralisch stark angeschlagene PLO-Führung hat mit der Unterzeichnung der Prinzipienklärung den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf Eretz Israel und die damit verbundene Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft anerkannt und zugegeben, daß ihr dreißigjähriger nationaler Widerstand ‚Terrorismus‘ war. Die PLO hat des weiteren Israel das

Tor zu den Märkten der arabischen Länder aufgestoßen, der Besetzung den Anschein der Legalität gegeben und die arabische Anerkennung Israels eingeläutet.“

Ich sage dagegen: Hätte Abu Ammar, der von seinen arabischen Freunden oft genug in Stich gelassen wurde, anders handeln können, als er gehandelt hat? Hätte er durch eine härtere Gangart seine Bewegung bewahren, für sein Volk mehr erreichen können? Und ist es realistisch, wenn Watzal, den Blick auf Israel wendend, sagt: „Mit diesem ersten Schritt wurde nur der gordische Knoten durchschlagen, die jahrzehntelange Mauer der Sprachlosigkeit eingerissen und das Prinzip der Zweistaatlichkeit grundsätzlich anerkannt.“

In diesem Satz ist, meiner bescheidenen Beurteilung nach, ein „nur“ zuviel. Die Zerschlagung dieses Knotens durch die Staatsmänner Peres und Arafat macht sie in den Augen der Hardliner dieser Welt zu „wets“, also zu Weichlingen, wie Margret Thatcher die Liberalen in ihrem Kabinett abzuqualifizieren pflegte. Ich halte dagegen, daß die Welt ohne solche „wets“ noch grausamer wäre als sie es sowieso schon ist. Aber ich räume Watzal ein: Eine Garantie für den Erfolg dieser Politik gibt es nicht. Es ist leicht möglich, daß seine Skepsis sich bewahrheitet.

Am Schluß will ich die unvermeidliche Frage stellen, ob ein Deutscher das Recht hat, israelische Menschenrechtsverletzungen zu kritisieren. Ich beantworte sie mit Felicia Langer, die uns geradezu beschworen hat, „nicht mehr zu diesen Vorgängen zu schweigen und trotz eines möglichen Antisemitismus-Vorwurfs sich von Israel nicht länger moralisch erpressen zu lassen“. Watzal hat recht. „Durch die Kritik an israelischen und palästinensischen Menschenrechtsverletzungen soll deutscherseits nicht die Ermordung der sechs Millionen Juden durch Deutsche kompensiert werden. Dies wäre eine Beleidigung der Toten. Kritik ist deshalb berechtigt, weil die Menschenrechte universelle Gültigkeit besitzen, die Kritik an der Verletzung keine Frage des politischen Standorts ist und das Recht nicht geteilt werden kann.“

Watzals Buch ist inopportun, wichtig und mutig. Viele Deutsche sollten sich diese Lektüre antun.

Peter Glotz